

Fokus Bern

Erkenntnisse zur Finanz- und Steuerstrategie des Kantons Bern

*Peter Stämpfli, Präsident Fokus Bern
Mai 2013*

Zusammenfassung

Dem Kanton Bern fehlt eine verbindliche Finanz- und Steuerstrategie. Die politische Diskussion über Finanz- und Steuerfragen verläuft konzeptionslos und entlang der Parteilinien und regionalen Anliegen – das langfristige Gesamtwohl des Kantons geht vergessen.

Fokus Bern fordert von den Parteien und der Regierung, sich möglichst rasch auf Eckpunkte einer Finanzstrategie zu einigen, anhand derer die finanzpolitische Diskussion zu führen ist.

Eine Plafonierung der Staatsausgaben und der zugehörige Angebotsverzicht sind unabdingbar.

Fokus Bern will sich mit unternehmerischen Überlegungen und Ansätzen aktiv in die Lösungsfindung einbringen.

Einleitung

Seit dem 3. Quartal 2012 verfolgt eine Projektgruppe von Fokus Bern unter dem Patronat von Bernhard Emch das Thema Finanzen/Steuern. Sie steht in engem Kontakt mit Experten der kantonalen Verwaltung und der Privatwirtschaft. Zwischenzeitlich wurde die bereits an der Medienorientierung im Juni 2012 geäußerte Kritik an einer nicht vorhandenen Finanzstrategie auch von Parlamentariern, dem Regierungsrat und Vertretern von Wirtschaftsverbänden mehrfach aufgenommen. Entstanden ist ein breites Netz von Analysen, Forderungen und Kritiken, welches durch seine Heterogenität auffällt.

Fokus Bern hat sich entschlossen, vor den anlaufenden grossen Spardebatten und ein knappes Jahr vor den kantonalen Wahlen einen Zwischenstand über die Erkenntnisse und Empfehlungen aus Unternehmenssicht zu veröffentlichen.

Politische Stimmung

Fokus Bern darf befriedigt feststellen, dass aufgrund der vielen Gespräche, die seine Vertreter führen konnte und aufgrund der Medienberichterstattung das Thema Kantonsfinanzen durch die Parteien, die Regierung und Vertreter der Wirtschaftsverbände deutlich stärker öffentlich diskutiert wird als vor dem Juni 2012. Unsere Bemühungen wurden unterstützt durch die zunehmende inner- und ausserkantonale Kritik am nationalen Finanzausgleich, durch die Steuerabstimmungen im November 2012 und die Diskussionen um das Kantonsdefizit 2012/13.

Die Haltung von Fokus Bern: Fokus Bern begrüsst den vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Benchmark-Vergleich bei BAK Basel Economics. Der nun vorliegende Bericht zeigt die Komplexität der Finanzpolitik auf.

Die im Bericht festgehaltene Beurteilung, dass die Verwaltungseffizienz im Schweizer Mittel liegt, ist nicht unerfreulich. Der Kanton Bern kann von den Kantonen lernen, die in ihrer Effizienz an der Spitze liegen. Spielraum zu Verbesserungen ist vorhanden.

Die Ausgaben des Kantons liegen über dessen Einnahmen. Ohne Korrektur bleibt das strukturelle Defizit bestehen und die Ausgaben werden, wie in den letzten Jahren, kontinuierlich steigen. Diese Entwicklung muss durch einen Angebotsverzicht gebrochen werden. Dies ist durch alle Direktionen nun entschieden anzugehen.

Unergiebige politische Diskussion

Fokus Bern zeigt sich besonders besorgt über die laufende, unbefriedigende politische Diskussion. Diese ist sprunghaft und bringt keine langfristig ausgerichteten Ergebnisse hervor, wie die Budgetdebatte im Grossen Rat in der Herbstsession 2012 exemplarisch zeigt.

Die Gründe der substanzlosen Diskussion sind an zwei Orten zu lokalisieren:

Parteien

Die Fronten zwischen den Parteien sind undurchlässig und die Voten plakativ verzerrt. Eine gemeinsame Sicht auf die Probleme, die sich dem Kanton stellen, fehlt. Die einzige gemeinsame Erkenntnis ist, dass der Kanton mehr ausgibt, als er einnimmt.

Vgl. dazu auch die Studie «Analyse der Vorstösse im Grossen Rat» vom 06.12.2012 des Büro Vatter Bern, die Fokus Bern im 4. Quartal 2012 präsentieren konnte.

Regionale Differenzen

Der Stadt-Land-Graben zeigt sich überdeutlich in der Budgetdebatte. Er wird gestärkt durch gegenseitige Vorurteile und mangelndes Verständnis für die Situation der anderen. Es fehlt die Erkenntnis, dass nur ein abgestimmtes, gemeinsames Vorgehen nachhaltige Lösungen ermöglicht.

Aufgrund der geschilderten Ausgangslage ist zu befürchten, dass sich der Grosse Rat und die Regierung die politischen Entscheide wie heisse Kartoffeln gegenseitig zuschieben.

Die Haltung von Fokus Bern: Der Kanton muss mindestens eine halbe Milliarde p.a. einsparen. Dazu sind unbeliebte Entscheide unabdingbar.

Der Regierungsrat bzw. dessen einzelne Mitglieder und die Grossratskommissionen haben ihre Führungsverantwortung zugunsten eines entwicklungsfähigen und wirtschaftsstarke Kantons jetzt wahrzunehmen und dürfen die Entscheide nicht bis nach den Wahlen 2014 aufschieben.

Wahlen 2014

In den Gesprächen mit führenden politischen Persönlichkeiten des Kantons wird deutlich, dass vor den Wahlen 2014 eine konsensorientierte politische Auseinandersetzung wenig wahrscheinlich ist. Die nächsten Wahlen werden «Jahrhundertwahlen» genannt, da sich die rot-grüne Regierung wie seit Jahren nicht mehr von den bürgerlichen Parteien unter Druck gesetzt fühlt. Niemand will sich in dieser aufheizenden Situation aus dem Fenster lehnen.

Eine plakativ geführte Diskussion mag die Parteien gegenüber ihren Mitgliedern allenfalls in gewünschter Weise positionieren. In der übrigen Schweiz und in Wirtschaftskreisen wird dies als eine uneinsichtige, verkrustete und nicht zielführende Haltung beurteilt.

Die Haltung von Fokus Bern: Der notwendige Angebotsverzicht kann nur erreicht werden, wenn die Parteien jetzt gemeinsam daran arbeiten. Eine Verschiebung dieser Aufgabe bis nach den Wahlen 2014 verstärkt die bekannten Probleme und ist unverantwortlich.

Fokus Bern fordert die Parteien auf, über ihre Schatten zu springen und gemeinsame Zielsetzungen zu erarbeiten.

Was dem Kanton Bern fehlt, ist eine Finanz- und Steuerstrategie

Was soll in den nächsten 10-20 Jahren erreicht werden? Welche Finanzmittel sind dafür notwendig?

Auf diese Fragen gibt es im Kanton Bern keine Einigkeit. Es fehlen politisch tragfähige Strategien, so auch eine Finanzstrategie. Zumindest die Regierungsparteien müssen sich zusammenraufen, um eine gemeinsame Sicht zu erarbeiten und verbindlich zu verabschieden. Sonst wird auch die nächste Spardebatte in einem kleinlichen und zweckfremden Hin und Her münden.

Die Haltung von Fokus Bern: Fokus Bern fordert die Regierungsparteien auf, sofort mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Finanzstrategie zu beginnen und diese nicht auf nach den Wahlen zu verschieben. Grundlage dazu sind gemeinsame verbindliche Eckpunkte.

Eckpunkte einer Finanzstrategie für den Kanton Bern

Die Projektgruppe «Finanz- und Steuerstrategie» von Fokus Bern hat sich zusammen mit Experten aus der kantonalen Verwaltung und der Privatwirtschaft intensiv mit der Frage einer Finanzstrategie auseinandergesetzt. Fokus Bern empfiehlt folgende Eckpunkte für eine Finanzstrategie:

Gesamtsicht

- Die Finanz- und Steuerstrategie ist Teil der zu erarbeitenden Gesamtstrategie des Kantons Bern, welche die strategischen Gebiete «Wirtschaft», «Aus- und Weiterbildung», «Soziales», «Infrastruktur» und «Kultur» umfassen soll.
- Die Erarbeitung von verbindlichen Eckpunkten für eine Gesamtstrategie ist von den Regierungsparteien jetzt anzugehen.
- Die Finanzstrategie hat einen Zeithorizont von mindestens 12 Jahren, idealerweise aber von vier Legislaturperioden.

Steuern

- Es werden keine Steuererhöhungen vorgenommen.
- Die Einkommenssteuersätze des Kantons Bern müssen im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld zu liegen kommen. Dafür sind kontinuierliche Entlastungen auf den Einkommenssteuern ab 2017 vorzunehmen.
- Ab 2015 wird der Unternehmenssteuersatz schrittweise bis 2019 auf die Hälfte reduziert.

Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung

- Für das Erreichen dieser Ziele sind eine Angebotsüberprüfung und ein Angebotsverzicht notwendig.
- Dabei ist, wenn nötig, auch die Stellenzahl der Staatsangestellten zu reduzieren. Stellen, die aus Effizienzgründen nicht notwendig sind, sind abzubauen.
- Nebst einer Aufgabenüberprüfung muss der Fixkostenblock nach Einsparungsmöglichkeiten überprüft werden, z.B. Infrastrukturkosten sowie allgemeine Investitionen.
- Die Einkaufskontrolle des Kantons erfolgt nicht nur nach Budget, sondern gemässe einer Investitionsrechnung. Diese muss unterscheiden zwischen Ersatzinvestitionen oder Neuinvestitionen. Bei einer Ersatzinvestition muss die Notwendigkeit überprüft werden, bei einer Neuanschaffung eine Investitionsrechnung die Notwendigkeit aufzeigen.

Umgang mit eingesparten Geldern

- Mögliche Einsparungen aus Effizienzgewinn und Aufgabenverzicht werden nur zu 70% zu Gunsten von Kosteneinsparungen und mittelfristig tieferer Steuern verwendet. 30% werden zum Angleichen der Löhne der Staatsangestellten an die Benchmarks und zum Ausbau der Kernleistungen (gem. Strategie) eingesetzt.